

ausforderung, welche die Ordensbefragung bleibt – und darauf hat im letzten Heft der Reihe „Orden in Diskussion“ der Projektleiter *Alfred Dubach* noch einmal eindringlich hingewiesen –, ohne Antwort bliebe. Daß damit dann auch wesentliche Veränderungen herbeigeführt werden, ist allerdings erst möglich, wenn die Neigung überwunden wird, „die Probleme zu verharmlosen und auf eine automatische Überwindung der momentanen Krise zu vertrauen“.

Praktische Zusammenarbeit

Auf die gleiche Initiative wie die Ordensbefragung geht auch der Versuch zurück, im Interesse der Gesamtseelsorge die Kontakte zwischen der Bischofskonferenz und den Orden zu institutionalisieren. Ein erster gemeinsamer Arbeitsausschuß besprach vor allem praktische Wege der Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten der Seelsorge. Weil viele erforderliche pastoralplanerische Unterlagen fehlten, beantragte der Arbeitsausschuß die Schaffung einer gesamtschweizerischen Stabstelle für pastorale Fragen. Diesem Antrag wurde mit der Schaffung der Pastoralplanungskommission der Schweizer Bischofskonferenz (PPK) und der Gründung des Schweizerischen Pastoralsoziologischen Instituts (SPI) schon bald entsprochen. In der Folge stellte der Arbeitsausschuß seine Arbeit ein, und die Zusammenarbeit zwischen den Bistümern und den Orden begann auf sprachregionaler Ebene ganz neu. Nachdem die Kontaktgruppe in der deutschsprachigen Schweiz zur Beratung der Frage der spirituellen Begleitung von Ordensfrauen Vertreterinnen der Ordensoberinnenvereinigungen beigezogen hatte, erkannte sie, daß eine wirkliche Zusammenarbeit von Bistümern und Orden unter Ausschluß der Ordensfrauen nicht mehr möglich ist. Nach der Veröffentlichung ihres Statuts im Sommer 1977 ist die „Kontaktgruppe Bistümer – Orden (deutschsprachige Schweiz)“ nun das Organ für die Zusammenarbeit zwischen den Ordinariaten Basel,

Chur und St. Gallen und den Ordensobernvereinigungen der Frauen- und Männerorden. Die Gruppe behandelt gemeinsame Fragen und Aufgaben und kann Empfehlungen ausarbeiten.

Die stärkere Integration der Orden in die Ortskirche hat dazu geführt, daß die Orden vermehrt unmittelbare Leistungen für die Ortskirche erbringen, die eine Mitfinanzierung aus ordentlichen kirchlichen Mitteln rechtfertigen. Um zu einer verantwortlichen Praxis solcher Mitfinanzierung zu kommen, hat die Pastoralplanungskommission der Bischofskonferenz „im Einverständnis mit der Schweizer Bischofskonferenz“ unter dem Titel „Was ist bei Subventionen an Klöster zu beachten?“ Grundsätze und Richtlinien für die Mitfinanzierung von geistlichen Gemeinschaften und ihren Aufgaben veröffentlicht (St. Gallen 1977). Danach sollen alle pastoral und spirituell bedeutsamen Projekte mitfinanziert werden können. Basisprojekte: Die klösterliche Gemeinschaft selbst als Brennpunkt christlicher Spirituali-

tät, als Stätte der Meditation, der Gastfreundschaft, als Hüterin christlich-kultureller Überlieferungen. Pastoralprojekte: Überpfarreiliche Seelsorge (Region, Diözese), Ausländerseelsorge, missionarische Einsätze, Experimente. Sozialprojekte: Krankendienst, Betagtendienst, Fürsorge, Randgruppenarbeit, Resozialisierungshilfe. Bildungsprojekte: Forschungsarbeit, Lehrtätigkeit, Ausbildungsstätten, Erwachsenenbildung, Schriftstellerei, Freizeitangebote. Bauprojekte: Renovationen, Erweiterungen, Neubauten, Unterhalt.

Eines der acht Kriterien, nach denen ein Urteil über die Mitfinanzierung zu bilden ist, ist allerdings, daß die betreffende Gemeinschaft eindeutig auf der Linie der „zeitgemäßen Erneuerung“ liegt, daß sie sich die Erneuerungsbestrebungen des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Synode 72 zu eigen macht. Daß eine Ordensgemeinschaft im Urteil der institutionalisierten Kirche zu wenig offen sein könnte, ist für die Orden insgesamt eine Herausforderung.

R. W.-Sp.

Bedeutsame Entwicklungen für Polens Kirche

Für die katholische Kirche Polens hat das zu Ende gehende Jahr Ereignisse gebracht, deren Auswirkungen noch schwer zu übersehen sind. Ein Meilenstein für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche war das zweistündige Treffen von Kardinal *Stefan Wyszyński* mit Parteichef *Edward Gierek* am 29. Oktober. Es kam – wie man in Warschau hört – zustande, nachdem die Partei schon einige Jahre lang entsprechend vorgefühlte hatte.

Was genau besprochen wurde, behandeln beide Seiten als Geheimnis. Der mit Sicherheit nicht zufällige Zeitpunkt dieser Begegnung illustriert das für die katholische Kirche in Polen charakteristische Balance-Dreieck: Staat – Episkopat – Vatikan. Die beiden einflussreichsten Männer Polens trafen sich, bevor beide nach Rom zu Gesprächen im Vatikan reisten. Im Fall Gierek eine Premiere und ein

Schritt, der manchen an die Konfrontation mit den Kommunisten gewohnten polnischen Katholiken beunruhigen mußte.

Nach allem, was darüber öffentlich verlautete, aber stand bei dem Gespräch die Lage im Lande im Vordergrund, denn für die Kirche in Polen fühlt *Wyszyński* vor allem *sich* zuständig – nicht den Vatikan. Das zwischen *Gierek* und *Wyszyński* vereinbarte Kommuniqué lautet: „Am 29. Oktober hat der erste Sekretär des Zentralkomitees der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Gebäude des Sejm (Parlament) den Vorsitzenden der Konferenz des Episkopats, den Primas Polens Kardinal *Stefan Wyszyński*, empfangen. Während des Gesprächs wurden Meinungen über die wichtigsten Angelegenheiten der Nation und der Kirche ausgetauscht, die eine große Bedeutung für die Ein-

heit der Polen im Streben um die Gestaltung des Wohlergehens der polnischen Volksrepublik haben.“

Rücksichten auf Staatsraison ausschlaggebend

Kardinal Wyszyński sprach eine Woche später am 6. November in der Warschauer Kathedrale davon, daß *Rücksichten auf die Staatsraison* ihn zu diesem Treffen bewogen hätten. Er zählte die Pflichten auf, die er nach der Genesung von der schweren Krankheit weiterführen wolle, und sagte: „Wenn ich von meinen Pflichten spreche, bin ich nach langen Überlegungen, die einige Jahre dauerten, zu dem Schluß gekommen, daß der Bischof und Primas Polens in besonders schwierigen Situationen auch die Erfordernisse der polnischen Staatsraison vor Augen haben muß ... Ich habe auch meine moralische und Bürgerpflicht erfüllt, indem ich entsprechende Gespräche führte, die gerade die wichtigsten Erfordernisse der polnischen Staatsraison betreffen. Darüber wißt ihr, meine lieben Kinder, schon Bescheid, und darum rede ich darüber nicht mehr. Ich habe schon gesagt, daß dies diktiert wurde durch mein Gewissen als Bischof und Pole in der Hoffnung, daß der gütige Gott daraus die Früchte erwachsen läßt, die unser Vaterland so sehr braucht.“

Was die besprochenen „wichtigsten Angelegenheiten der Nation und der Kirche“ sind, die mit Rücksicht auf die Staatsraison erörtert wurden, darüber bewahren beide Seiten Schweigen. Einiges läßt sich aber vermuten: In erster Linie dürfte es der wachsende Unmut der Bevölkerung über die *schlechte Versorgungslage* gewesen sein, die sich auch in sinkender Arbeitsdisziplin äußert. Hier kann die Kirche wegen ihres hohen moralischen Einflusses einiges bewirken – sie könnte auch mäßigend auf die oppositionellen Intellektuellen einwirken, die unter der katholischen Studentenschaft ein recht starkes Echo finden. Wie ernst Wyszyński die Versorgungslage nimmt, zeigt eine Begebenheit, die man in Warschau kolportiert

und die von kirchlicher Seite nicht dokumentiert wird. Bei einer seiner Fahrten durchs Land ließ Wyszyński seinen Fahrer bei einem Fleischladen haltmachen, vor dem eine der üblichen langen Menschenschlangen stand. Die Leute ließen ihm bereitwillig Vortritt in den Laden, wo er sich mit dem Geschäftsführer unterhielt. Als er wieder herauskam, öffnete er seinen Mantel und sagte: „Ihr seht, daß ich Euch nichts weggekauft habe. Aber als Euer Bischof muß ich wissen, wie Ihr lebt.“

In einem am 2. Oktober in den Kirchen verlesenen Hirtenbrief zur Woche der Barmherzigkeit heißt es: „Ein Gebiet aus dem täglichen menschlichen Leben sind die Versorgungsbedingungen der Bürger. Auf keinem Gebiet haben sich so viele Demütigungen und Erniedrigungen angesammelt wie gerade da – und das täglich. Wir können große Wirtschaftspläne machen, wir können luxuriöse Repräsentationsbauten errichten. Wir können für den Export in alle Teile des Erdballs arbeiten. Aber nicht immer denken wir daran, daß die Leute täglich essen müssen, weshalb es anständige Verkaufsplätze für Lebensmittel geben muß. Es muß leichten Zugang geben zu Brot, Fleisch und Milch, ohne den Verlust vieler Stunden, der Gesundheit und der Kräfte. Dieser höchst seltsame Anblick von langen Schlangen mit stundenlang stehenden Frauen – oft mit kleinen Kindern an der Hand – die schmutzigen Läden, in denen nervöse Verkäufer sich der erbosten Menschen erwehren – das alles muß schnell geändert werden.“

Gegenüber der *intellektuellen Opposition*, die in Polen bei der von der Partei unabhängigen mächtigen katholischen Kirche einen natürlichen Kristallisationspunkt sucht, hielt der Episkopat sich öffentlich sehr zurück. Er intervenierte in verschiedenen Fragen und führt die Freilassung der Teilnehmer an den Protestaktionen von Radom und Ursus und der in Untersuchungshaft genommenen Intellektuellen nach der Juli-Amnestie auf die Intervention der Bischöfe zurück. All diese Dinge aber gingen hinter den Kulissen in Verhandlungen des Sekretärs des Episkopats, Bischof *Bronisław Da-*

browski, mit dem Amt für Glaubensfragen vor sich. Auf die Frage, wie sich die Kirche ihr Wohlverhalten angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Partei honorieren lasse, meinte ein dem Episkopat nahestehender Priester: „Was gut für die Polen ist, ist auch gut für die Kirche.“ Diese starke Identifizierung der Kirche mit der Nation liefert möglicherweise eine Erklärung für den jüngsten Schritt Wyszyńskis.

Der Staat, der angesichts der Versorgungsmisere auf keinen Fall Spannungen mit der Kirche gebrauchen kann, hat inzwischen einige *Zugeständnisse* gemacht. Allein in Warschau erteilte er in diesem Jahr neun Baugenehmigungen für neue Kirchen, und das vor allem in Neubauvierteln, die bisher im Zuge der Bemühungen um eine allmähliche Säkularisierung und ein Austrocknen der Kirche möglichst wenig Gotteshäuser erhielten. Außerdem erlaubte die Regierung die Einfuhr einer großen Anzahl von Katechismen für Kinder, die in Frankreich für den Gebrauch im Religionsunterricht in Polen gedruckt wurden. Andere Erleichterungen betreffen Steuerfragen und ähnliches. Ein Zeichen für die Bemühungen des Staates um einen Ausgleich könnte das Verhalten gegenüber der Laiengruppe „Znak“ und den Klubs der Katholischen Intelligenz sein, denen die Genehmigung für wirtschaftliche Tätigkeit entzogen wurde (vgl. HK, Mai 1977, 224ff).

Viele Fragen bleiben offen

Zu dem Treffen im Sejmgebäude verwies man von staatlicher Seite auf das Kooperationsangebot, das Parteichef Gierek der Kirche am 3. September 1976 bei einer Rede in Mielec gemacht hatte (vgl. HK, Januar 1977, 44). Die Zeitungen veröffentlichten keinerlei Kommentare, brachten aber die offizielle Meldung über das Treffen in Schlagzeilen. Das Fernsehen brachte das offizielle Kommuniqué an zwei Tagen hintereinander als erste Meldung in der Tagesschau, allerdings ohne Bild.

Sieht der polnische Episkopat nach den Zugeständnissen des letzten Jahres

jetzt das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Polen als so „normalisiert“ an, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und der polnischen Regierung möglich wird? In kirchlichen Kreisen in Warschau schließt man eine solche Möglichkeit mittelfristig gesehen nicht mehr völlig aus, bleibt aber der Ostpolitik des Vatikans gegenüber äußerst skeptisch.

In allen Kommunikés von Konferenzen des polnischen Episkopats, in denen von den Gesprächen des Leiters der vatikanischen Delegation in der ständigen Arbeitsgruppe für die Beziehungen zu Polen, Erzbischof *Luigi Poggi*, mit der Regierung die Rede ist, wird unterstrichen, daß Poggi eng mit dem Episkopat zusammenarbeite. Auch die Regierung macht keine Versuche mehr, den Vatikan und den polnischen Episkopat auseinanderzudividieren. Gegen eine so starke Kirche wie die polnische könne man sich nicht mit dem Vatikan verständigen, sagte Kirchenamtsminister *Kazimierz Kakol* am 17. Juli in Warschau in einem Gespräch mit westlichen Journalisten.

Als Mahnung an den Vatikan, daß trotz der starken Stellung der Kirche in Polen noch nicht alles zum besten steht, ist die scharfe Stellungnahme des Krakauer Erzbischofs *Karol Wojtyła* auf der Bischofssynode in Rom zu werten. Mit bitteren Worten beklagte er sich über die Zurücksetzung der gläubigen Katholiken im beruflichen und öffentlichen Leben.

Die Forderung nach Mitspracherecht der Bischöfe und gläubigen Katholiken auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens ist einer der Hauptpunkte im Wunschkatalog der polnischen Bischöfe aus der letzten Zeit. Der Staat möchte sich dagegen auf die Garantie der Kultfreiheit beschränken. Unter Berufung darauf, daß 90 Prozent der Polen Katholiken seien, verlangt *Wyszyński* „von denen, die die Nation regieren“, Achtung vor Gott, der Kirche und ihren Bischöfen und Priestern. „Wir können in unserem Vaterland nicht atheisiert werden“, versicherte er in diesem Zusammenhang am 3. Mai in Tschenstochau.

Während der Staat der Kirche bei der Erteilung von Genehmigungen zum Kirchenbau entgegenkam, wird er ihr den vom Episkopat geforderten *Zugang zu den Massenmedien* mit ziemlicher Sicherheit nicht gestatten. Dies bestätigte *Kakol* auch in seinem Gespräch mit den westlichen Journalisten. Dabei wies er darauf hin, daß auch der Staat weltanschaulich nicht neutral sei. Mit scharfen Worten protestierten die Bischöfe am 18. September in einem Hirtenbrief gegen die „aufdringliche Propaganda der gottlosen Ideologie“ in den Massenmedien und ließen von den Kanzeln die Wellenlängen von polnisch-sprachigen Sendungen des vatikanischen Rundfunks bekanntgeben.

Ein anderer Punkt, in dem der Staat kaum nachgeben kann und wird, ist die Forderung nach mehr Einflußmöglichkeit bei der Erziehung der Jugend über den Religionsunterricht in kircheneigenen Räumen hinaus. Es ist auch kaum anzunehmen, daß gläubige und praktizierende Katholiken in politische Schlüsselpositionen berufen werden.

Drastisches Anschauungsmaterial darüber, daß die Verhältnisse und Arbeitsbedingungen für die Kirche in Polen nicht völlig normal sind, gab vor einiger Zeit der besonders streitbare Bischof von Przemyśl, *Ignacy Tokarczuk*, dem Erzbischof *Poggi* für den Papst mit: eines der Mikrofone, die Arbeiter bei der Renovierung aus den Wänden seines Bischofspalastes holten.

Ein besseres Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Polen und eine Regelung der Beziehungen des Vatikans zu der hiesigen kommunistischen Regierung über eine katholische Nation hat für beide Seiten einen ganz anderen Stellenwert als Regelungen mit Regierungen aus kommunistischen Ländern, in denen die Katholiken eine Minderheit bilden. Daher würde die Regelung der Beziehungen zu Polen eine *Schlüsselbedeutung für die Ostpolitik des Vatikans* – auch gegenüber Moskau – haben.

In der augenblicklichen Situation kann auch der Sowjetunion nur an einem Arrangement zwischen Kirche und

Staat in Polen gelegen sein. Erstens möchte Moskau Ruhe im sozialistischen westlichen Nachbarland, und zweitens könnte ein Burgfriede zwischen Staat und Kirche in Polen manchen kommunistischen Parteien in Westeuropa und insbesondere den Italienern in ihren Bemühungen um den „historischen Kompromiß“ nur nutzen.

Nachfolgefrage wird ernst

Zwei Tage vor der Abreise nach Rom hat Kardinal *Wyszyński* sein Kirchenvolk in der überfüllten Warschauer Kathedrale in der ersten Predigt nach seiner schweren Krankheit auch darauf vorbereitet, daß er eines Tages nicht mehr sein wird. Er dankte für die Gebete und Messen, die wochenlang in ganz Polen für seine Genesung gesprochen worden waren. „Die Zeit wurde mir noch verlängert – um wieviel, ist eine Sache Gottes – und das ist eine Einladung zu noch mehr Taten der Liebe“, sagte er und wurde später noch deutlicher: „Es wechseln die Bischöfe und wechseln die Priester, aber Christus überdauert ewig in seiner Kirche ... wenn die Zeit kommt, das Ende unserer Arbeit, bleibt die Kirche Christi niemals allein.“

Wyszyński ist zu sendungsbewußt, als daß er sein Haus unbestellt zurücklassen würde. Das ist wohl auch ein Grund dafür, daß er darauf drang, trotz seines noch immer nicht sehr guten Gesundheitszustandes noch im November zur Berichterstattung *ad limina apostolorum* nach Rom zu reisen – übrigens zum ersten Mal nicht mit der Bahn, sondern im Flugzeug. Erstens wollte er mit dem Papst sprechen, bevor dieser *Gierek* empfängt, aber zweitens wollte er vermutlich auch in Rom die Frage seiner Nachfolge ansprechen.

Daß er sich nicht in den Ruhestand zurückziehen, sondern im Amt bleiben will, sagte der 76jährige in seiner Warschauer Predigt deutlich: „Ich muß bis zu dem Zeitpunkt dienen, in dem Christus anders entscheidet.“ Seine Nachfolge dürfte für die Kirche in Polen schwere Probleme schaffen,

denn es wird schwierig sein, jemanden von so großer persönlicher Ausstrahlungskraft zu finden, wenn sein Konservatismus und Nationalkatholizismus auch manchmal kritisiert werden. Bedingt durch die besondere Situation und die Tatsache, daß Wyszyński Polens Kirche fast seit Beginn der kommunistischen Herrschaft mit besonderen päpstlichen Vollmachten führt, hat er für die Gläubigen eine größere und unmittelbare Autorität als der ferne Papst in Rom.

Während seiner Krankheit führte der

Erzbischof von Krakau, Kardinal Wojtyła, den Vorsitz in der Bischofskonferenz. Das würde er auch im Falle des Todes von Wyszyński tun. Er gilt neueren theologischen Tendenzen gegenüber als aufgeschlossener als Wyszyński. Dem Staat gegenüber ist er in letzter Zeit oft sehr viel schärfer aufgetreten als Wyszyński.

Das Amt des Primas ist traditionsgemäß an die Diözese Gnesen gebunden. Wyszyński ist Erzbischof von Gnesen und Warschau. Sein Vorgänger Kardinal Hlond war zunächst in Personal-

union Erzbischof von Posen und Gnesen und übernahm erst 1946 Warschau und Gnesen. Theoretisch denkbar wäre also, daß man eine Personalunion Krakau/Gnesen schafft, so daß Wojtyła auch Primas werden könnte. Das wird jedoch für nicht allzu wahrscheinlich gehalten. Sicher scheint, daß eine Vakanz im Amt des Primas von Polen erhebliches Tauziehen zwischen Staat und Kirche bringen würde. Die Lösung könnte in der Entsendung eines der zur Zeit im Vatikan tätigen polnischen Bischöfe liegen. R. M.

Gesellschaftliche und politische Entwicklungen

Berlinguer und der Bischof

Ein offener Briefwechsel und die Diskussion, die er auslöste

Am 6. Juli 1976, wenige Wochen also nach den letzten italienischen Parlamentswahlen, die den Kommunisten weiteren Stimmenzuwachs brachten, die Christdemokraten aber als stärkste Partei eindeutig bestätigten und zu der gegenwärtigen, von allen Parteien des Verfassungsbogens unter Einschluß der Kommunisten durch „Nichtmißtrauen“ getragenen christlich-demokratischen Alleinregierung *Giulio Andreottis* geführt haben, schrieb Bischof *Luigi Bettazzi* von Ivrea einen Brief an *Enrico Berlinguer* und veröffentlichte diesen in der Kirchenzeitung seiner Diözese (vgl. *Il Regno*, 1. 10. 1976). Der Bischof der piemontesischen Olivetti-Stadt, der während des Konzils drei Jahre Weihbischof Kardinal Lercaros im roten Bologna war und während der Kirchenversammlung selbst durch eine Reihe mutiger und durchaus realistischer Vorschläge zu Reformen im strukturellen Bereich der Kirche hervorgetreten war, richtete darin „per amor di dialogo“, verpackt in viel Wohlwollen und teils wohl auch in echter Naivität, ermunternde Fragen an den Chef der KPI über deren ideologische Verfaßtheit, ihre tatsächliche und angestrebte Entwicklung und ihr Verhältnis zur Religion bzw. zur katholischen Kirche.

Hatte der Brief Bettazzis seinerzeit über die interessierten Kreise hinaus kaum Aufsehen erregt, so tat es die ihm jetzt in Form einer Grundsatzzerklärung gegebene und sehr grundsätzlich gehaltene Antwort Berlinguers vom 7. 10. 1977 (wiederum in Form eines offenen Briefes, in der kommunistischen Zeitschrift *Rinascità*, 13. 10. 1977) um so mehr. Hatte man seinerzeit bei dem Brief Bettazzis schon

gerätselt, was diesen eigentlich veranlaßt habe, als Bischof einer relativ kleinen Diözese mit gewiß starken sozialen Spannungen sich direkt an den kommunistischen Chef zu wenden, so gab auch in der Antwort Berlinguers nicht nur deren Inhalt, sondern auch der Zeitpunkt, zu dem sie erfolgte, zu Spekulationen Anlaß, nachdem der Angesprochene zunächst nur in privater Form geantwortet hatte. Schwer zu erklären sind allerdings beide Vorgänge bzw. Zeitpunkte nicht. Wie erinnerlich, hatten bei den letzten Parlamentswahlen eine Reihe von bekannten und kirchlich durchaus angesehenen Katholiken auf der Liste der kommunistischen Partei als Unabhängige kandidiert. Bettazzi stand einer Reihe von ihnen persönlich nahe. Es war klar, daß er nicht nur, was sicher seine erste Absicht war, an einer grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses von Kirche und kommunistischer Partei bzw. an deren Lösung von Atheismus und politischem Totalitarismus interessiert war, sondern daß er indirekt mit dem Schreiben auch den in der kommunistischen Partei engagierten Katholiken durch Appell an die KPI zu weiterem ideologischem Wandel eine Stütze sein wollte. Umgekehrt hatte die kommunistische Parteiführung gerade jetzt besonderen Anlaß, den Kontakt mit der katholischen Seite zu suchen, da zum einen die Unruhe im Innern der Partei zu wachsen scheint, zum anderen trotz des konsequenten Fortschreitens auf dem Wege zum historischen Kompromiß der Zenit der Partei vorläufig überschritten sein dürfte und, wie Umfragen ergeben, die Partei in der Volksmeinung eher wieder im Sinken ist.